



# „Dann geh doch in die **Politik!**“

*Am Küchentisch in Pulheim-Stommelerbusch, die Familie sitzt zusammen beim Abendbrot, im Radio laufen die Nachrichten.*

*Vater und Tochter diskutieren über aktuelle politische Themen. Kein ungewöhnliches Bild bei Familie Plonsker. Bei der Tochter, Romina, reift dann irgendwann der Gedanke: „Es bringt überhaupt nichts, wenn ich hier diskutiere, ändern tut sich doch eh nichts!“ Darauf antwortet der Vater: „Dann geh doch in die Politik und mach es besser!“*

TEXT: Tobias Pappert

**S**o erzählt Romina Plonsker von ihrem Weg in die Politik. Jetzt sitzt sie im nordrhein-westfälischen Landtag und ist dort mit 31 Jahren eine der jüngsten Abgeordneten. Nachdem 2005 das Interesse an der Politik geweckt war, las sie sich verschiedene Parteiprogramme durch, manche genauer, manche legte sie schnell weg. Ihre Wahl fiel auf die CDU, sie hätte für Romina Plonsker die überzeugenderen Persönlichkeiten gehabt. Angela Merkel war Spitzenkandidatin der CDU für die Bundestagswahl, Jürgen Rüttgers für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Darüber hinaus war ein guter Freund kurz vor ihr in die Junge Union (JU) eingetreten. Dort engagierte sie sich stark, fuhr auf Landes- und Bundestagungen der JU und wurde Vorsitzende des Bezirks Mittelrhein. Als sie 2017 gefragt wurde, ob sie für den Landtag kandidieren wolle, ging es wieder zurück an den Küchentisch. Zusammen mit ihrer Familie wog Romina Plonsker Vor- und Nachteile einer Kandidatur ab und sagte sich: „Warum habe ich damals gesagt, ich will etwas bewegen und verändern? Die Chance kommt so schnell nicht wieder, ich mach es!“

## Über Kolping in die Politik

Zur selben Zeit als Romina Plonsker politisch aktiv wird, zieht Karl Schiewerling bei der Bundestagswahl 2005 für die CDU in den Bundestag ein. Doch seine politische Motivation hat andere Gründe: „Ich bin aus Protest gegen die völlige sozialdemokratisierte Situation in den Großbetrieben im Ruhrgebiet in die CDU eingetreten. Dieser Zustand hat mich tierisch aufgeregt“, sagt er. In den 60er und 70er Jahren habe die omnipräsente SPD zusammen mit den Betriebsräten das Leben der Menschen im Ruhrgebiet dominiert. Gegen dieses Vorgehen wehrte er sich und trat in die CDU ein. Außerdem sei er politisch stark durch seine Familie geprägt worden: „Mein Vater war im Widerstand gegen die Nationalsozialisten aktiv! Nach dem Krieg war er mit an der Gründung der CDU beteiligt!“ Schiewerling engagierte sich sowohl in der katholischen Jugendverbandsarbeit als auch in seiner Partei. Als ihm der ehrenamtliche Stadtvorsitz des Bundes der katholischen Jugend (BDKJ) in Essen angeboten wurde, zog er sich aus der Politik zurück. Darauf folgte ein Aufstieg bis zum hauptamtlichen Bundessekretär des BDKJ. 1984 wechselte er die Stelle und wurde Diözesansekretär des Kolpingwerkes DV Münster. Nach dem Umzug nach Nottuln in die Nähe von Münster engagierte sich Schiewerling parteipolitisch wieder stärker. Er wurde Mitglied im Gemeinderat Nottuln und kandidierte 2005 für den Bundestag. „In meinem Wahlkreis gab es 36 Kolpingsfamilien. Und diese Kolpingsfamilien haben wie eine Mauer hinter mir gestanden. Die haben der örtlichen CDU gesagt: ‚Pass mal auf, der ist unser! Wenn ihr den aufstellt, wählen wir ihn auch!‘“ Mit einer absoluten Mehrheit in seinem Wahlkreis zog Schiewerling 2007 in den

Bundestag ein, dem er bis 2017 angehörte. Aktuell ist er Vorsitzender der Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“.

## Aus der Arztpraxis in den Bundestag

Auch Nezahat Baradari ist seit 2019 Mitglied des Bundestages. Vor ihrem Mandat arbeitete sie als Kinderärztin in Attendorn. „Ich war nie darauf programmiert, die Bürgerinnen und Bürger im Bundestag zu vertreten“, sagt sie. In die SPD trat sie 1984 ein. „Ich wollte Politik machen, um auf Missstände hinweisen zu können, um aktiv zu sein!“ Mit Beginn ihres Medizinstudiums schraubte sie ihre politischen Tätigkeiten stark zurück. „Das Studium nahm sehr viel Zeit in Anspruch. Hinzu kam, dass ich aus finanziell bescheidenen Verhältnissen komme und mit Nebenjobs mein Studium finanzieren musste. Ich war sehr dankbar für das BAföG, sonst hätte ich keine Möglichkeit gehabt zu studieren. Das hat mir auch gezeigt, wo gute sozialdemokratische Politik hinführen kann.“ Nach ihrem Studium arbeitete sie als Assistenzärztin, gründete eine Familie und baute ihre eigene Praxis auf. Dann sei die lokale SPD in Attendorn auf sie zugekommen und hätte gefragt, ob sie nicht politisch aktiver werden wollte. „Ich war in meinem Beruf sehr glücklich. Doch auch wenn ich als Ärztin schon viele Gestaltungsmöglichkeiten habe, so gibt es doch Grenzen, die von der Politik gesetzt sind.“ Baradari wurde bei der Bundestagswahl 2017 nicht direkt gewählt, rückt 2019 allerdings mit dem Ausscheiden des Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber über ihren Listenplatz nach.

## „Studierendenpolitik war mir nach einiger Zeit zu wenig“

Für die Politik hat auch Erik Marquardt seinen Arbeitsplatz gewechselt. Er zog bei der Europawahl dieses Jahres für die Partei Bündnis90/Die Grünen in das Europaparlament in Brüssel ein. Marquardt arbeitete vorher als Fotograf und Fotojournalist. Bis 2013 engagierte er sich in der Studierendenpolitik im Vorstand des „Freien Zusammenschlusses von Student\*innenschaften“. Doch „Studierendenpolitik zu machen, war mir nach einiger Zeit zu wenig. Es gibt noch genug andere Probleme, die auf der Welt gelöst werden müssen!“ 2013 wurde er zum politischen Geschäftsführer und kurz darauf zum Sprecher der Grünen Jugend gewählt. Als Marquardt zu alt für die Grüne Jugend wurde, kandidierte er für den ehrenamtlichen Bundesparteirat der Grünen – und wurde gewählt. „Es war gut zu sehen, dass man auch ohne jahrelange Erfahrung in der Parteiführung lan- ▶

Romina Plonsker ist CDU-Mitglied und wurde 2017 in den Landtag von Nordrhein-Westfalen gewählt.







Karl Schiewerling war von 2005 Bundestagsabgeordneter für die CDU. Davor arbeitete er als Diözesansekretär des Kolpingwerkes DV Münster.

Nezahat Baradari rückte 2019 über ihren Listenplatz in den Bundestag nach und ist Abgeordnete der SPD.



► den und mitgestalten kann.“

Diese vier Beispiele zeigen, dass es einen einheitlichen Weg in die Politik nicht gibt. Das bestätigt auch der Politikwissenschaftler Professor Karl Rudolf Korte. Entscheidend für den politischen Lebenslauf sei, dass man im vorpolitischen Raum eingebunden ist. Darunter versteht man zum Beispiel Vereine oder Bürgerinitiativen. Wenn man sich dort stark engagiere, wechsele man oft aus dem vorpolitischen in einen politischen Raum, zum Beispiel eine Partei. Dieses Engagement könne dann in einem politischen Mandat münden.

### Niedriges Ansehen in der Gesellschaft

Der Beruf des Politikers ist einer der am wenigsten angesehenen, laut einer Umfrage des Forsa-Instituts von 2018. Mit 21 von 100 Punkten liegt er auf der Beliebtheitskala zwischen Managern und Mitarbeitenden einer Telefongesellschaft. Warum ist das so?

Professor Korte glaubt, dass das höchste Ansehen die Berufe genießen, die für Sicherheit sorgen und sich nicht regelmäßig öffentlich zur Wahl stellen. „Politik sorgt für Kontroversen und polarisiert nach Interessen. Da ist es naheliegend, dass die Imagewerte der Politiker gering sind.“ Außerdem werden Politikerinnen und Politiker mit öffentlichen Mitteln bezahlt, was immer zu einer kritischen Beobachtung führe, so Korte.

Doch wie sehen das die Politikerinnen und Politiker selbst? „Ich bin aus der hoch angesehen Tätigkeit eines Diözesansekretärs in den Bereich mit der niedrigsten Anerkennung gewechselt. Wenn ich das auf Podien gesagt habe, lachten die Menschen erst und kamen dann zu mir, um mir zu sagen, dass ich auch in dieser Aufgabe anerkannt bin.“ erzählt Karl Schiewerling. Die Vorurteile würden durch persönliche Begegnungen oft wiederlegt. Romina Plonsker findet bisher sowohl in ihrem Wahlkreis als auch bei Besuchergruppen im Landtag viel positive Resonanz. Ihr sei wichtig, dass die Politik weiterhin bürgernah agiere und damit Vertrauen schaffe. Deshalb mache sie auch Bürgersprechstunden und besuche Unternehmen, Ins-

titutionen, Vereine und Geschäftsleute vor Ort. Für eine direkte Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern nutze sie auch gerne Soziale Medien. „Auf diese Möglichkeit des Austausches möchte ich nicht mehr verzichten.“

Auch Erik Marquardt ist ein Freund von Sozialen Medien. „In meinen Twitter-Account stecke ich viel Energie“, sagt er. Dort versuche er komplexe Themen möglichst einfach darzustellen. Mit Twitter und Facebook könne man so bestimmten Themen die Öffentlichkeit geben, die sie in den großen Medien sonst nicht bekämen. „Das benötigt zwar viel Arbeit, lohnt sich aber sehr. Politik hat ohne Soziale Medien keine Zukunft“, sagt er.

### 85 Prozent Akademiker

Möglicherweise sind manche Bürgerinnen und Bürger aber auch unzufrieden, weil sie sich im Bundestag nicht repräsentiert sehen. In einem aktuellen Interview mit dem Spiegel merkt der Politikwissenschaftler Professor Armin Schäfer an, dass 85 Prozent der Bundestagsabgeordneten einen akademischen Abschluss besitzen. Der Anteil von Akademikern in der Gesamtbevölkerung Deutschlands liege jedoch nur bei 13 Prozent.

Die hohe Anzahl der Akademiker gibt auch Erik Marquardt zu denken. Er besitzt als Fotograf ein eingetragenes Gewerbe, hat aber keinen akademischen Abschluss. Seinen erstes Studium der Chemie hat er abgebrochen, weil er sich lieber auf die Fotografie konzentrieren wollte. „Davon konnte ich auch gut leben, vermutlich sogar besser als von einer Uni-Karriere. Man ist kein schlechterer Politiker, nur weil man keinen Uni-Abschluss hat. Am Ende muss man sich immer an seiner konkreten Arbeit messen lassen“, sagt Marquardt.

Das sieht Karl Schiewerling ähnlich. Auch er ist ohne einen akademischen Abschluss in ein Parlament eingezogen. In der politischen Arbeit sei er deswegen jedoch nie mit weniger Respekt behandelt worden. Er habe sich in seiner Zeit beim BDKJ und beim Kolpingwerk nebenberuflich immer weiterbilden lassen, um besser in Fachgebieten wie beruflicher Bildung, Familie, Arbeit und Sozialem Bescheid zu wissen. Im Bundestag habe es dann keine Rolle mehr gespielt, dass er kein Akademiker ist. „Die Dinge, die für meine Politik wichtig waren, habe ich nicht an der Uni, sondern in der katholischen Verbandsarbeit gelernt! Wenn man im Bundestag ein Fachmann auf seinem Gebiet ist, dann genießt man dort auch ein hohes Ansehen.“

### „Eintägige Kündigungsfrist“

Doch viele Fachmänner und -frauen bleiben oft im Beruf und kandidieren nicht für ein Mandat. Profes-

Fotos: S. 42: picture alliance/Bildagentur-online, S. 43: Büro Romina Plonsker, S. 44: dpa, Bernhard Fotografie, S. 45: dpa, picture alliance/SULUPRESS

sor Korte erklärt, warum: Als Berufspolitiker habe man sozusagen eine „eintägige Kündigungsfrist“. Das berufliche und finanzielle Risiko wollen viele nicht eingehen, wenn sie nicht beispielsweise über eine Anstellung im öffentlichen Dienst abgesichert sind. „Kein anderer Beruf hat diese episodenhaften Karrieren, bei denen es am Ende auch darum geht, wiedergewählt zu werden.“

Auch Romina Plonsker kennt den Konflikt. „Einerseits brauchen wir die Experten von außerhalb, die andere Einblicke haben. Wir wollen aber natürlich auch die politikerfahrenen Mitglieder in den Fraktionen. Ich glaube, dass der Normalfall weiterhin sein muss, das man sich engagiert und in der Partei bekannt ist.“

Eine potentielle Lösung, um mehr Vielfalt in die Politik zu bringen, sei eine Amtszeitbegrenzung, so Professor Korte. Das bedeutet, dass es eine festgelegte Anzahl an Jahren gibt, in denen man Parlamentarierin oder Parlamentarier sein kann. Dies würde den Kandidatinnen und Kandidaten eine bessere Zukunftsplanung ermöglichen und eine sicherere Rückkehr in den alten Beruf erleichtern.

Auch Nezahat Baradari ist der Meinung, dass eine Fraktion eine gute Mischung aus Praktikern und Theoretikern haben sollte. „Die Theoretiker kennen sich vielleicht besser mit dem gesetzgebenden Teil aus, während die Praktiker mit ihrer beruflichen Erfahrung punkten können.“ Fragt man Baradari, ob der Bundestag durchmischt genug ist, antwortet sie, dass der Frauenanteil höher sein sollte.

## Nur ein Drittel der Abgeordneten sind weiblich

Im aktuellen Bundestag sitzen 221 Frauen und 488 Männer. Der Frauenanteil beträgt damit weniger als ein Drittel. „Unsere Bevölkerung besteht ungefähr zur Hälfte aus Frauen. Wenn wir im Bundestag ein Abbild der Bevölkerung haben wollen, dann wäre es auch sinnvoll, wenn etwa die Hälfte der Abgeordneten Frauen sind“, so Baradari. Doch woran liegt diese Ungleichheit?

Romina Plonsker, die sich in der Jungen Union auch für Frauenförderung einsetzt, hat ganz eigene Erfahrungen gemacht. „Man sucht jemanden für einen Posten, findet eine sehr geeignete Frau und dann sagt sie, sie sei noch da und da aktiv und setzte lieber dort ihre

Prioritäten. Wenn ich dann aber einen Jungen frage, sagt der sofort, dass er es macht.“ Plonsker ziehe den Schluss daraus, dass Frauen bei ihrem bürgerschaftlichen Engagement oft andere Prioritäten als Männer setzen würden. „Ich habe in der Politik noch nicht erlebt, dass Frauen benachteiligt werden. Es scheidet eher an der Überzeugung, doch zu kandidieren.“ Sie könne da jedoch nicht für jede Frau sprechen.

Erik Marquardt glaubt, dass die gewachsenen Strukturen ein Grund sind. „Die männerdominierte Politikultur bricht erst langsam auf.“ Als Politikerin habe man einen zeitintensiven und zeitlich befristeten Beruf. Wenn die Erziehung des Kindes dann nicht gerecht zwischen den Elternteilen aufgeteilt sei, wäre die Belastung für die Frau zu hoch. „Es gibt leider gesellschaftliche Strukturen, die dazu führen, dass Frauen es in der Politik schwerer haben. Ich glaube, es ist eine Illusion wenn Menschen darauf hoffen, dass wir in einer gleichberechtigten Gesellschaft leben.“

## Eine „immense Verantwortung“

Eine Illusion ist es auch, zu glauben, der Beruf des Politikers sei entspannt. Lange Arbeitszeiten, wenig Urlaub, dauerhafte Medienpräsenz. Wie stressresistent müssen die Politikerinnen und Politiker heute sein?

Professor Korte schätzt den Druck als extrem hoch ein. Politikerinnen und Politiker seien immer öffentlich, niemals privat. „Moderner Sofortismus macht politische Aktionen im Minutentakt erforderlich“, sagt Korte und weist damit auf die Schnellebigkeit des Politikgeschäftes hin. „Problemlösungen müssen so mehrheitlich organisiert werden, dass Wiederwahl in Aussicht bleibt. Verlässliche Mehrheiten sind bei wählerischen Wählern immer unwahrscheinlicher.“

Romina Plonsker ist sich des Drucks ihres Berufes bewusst. „Wir tragen eine immense Verantwortung für die Geschicke des Landes mit all seinen Herausforderungen für die Bürgerinnen und Bürger. Aber dieser Verantwortung stelle ich mich gerne! ■



Erik Marquardt zog 2019 für die Grünen in das Europäische Parlament ein. Er setzt sich für die Themen Migration und Flucht ein.



## KARL RUDOLF KORTE

Karl Rudolf Korte ist Politikwissenschaftler, Direktor der NRW School of Governance und Professor an der Universität Duisburg-Essen. Er tritt regelmäßig in Medien wie dem WDR, ZDF und Phoenix als Experte für Wahlanalysen auf.